

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 248

Mittwoch, den 23. Oktober 1929

24. Jahrgang

In letzter Stunde

Von Dr. Dräger, Chemnitz.

Diesen Aufsatz entnehmen wir dem „Nachrichtenblatt der Deutschen Volkspartei im 30. Wahlkreis“.

Durch die Verhandlungen in Paris und im Haag sind dem deutschen Volke Tributverpflichtungen auferlegt worden, deren Bedenke, daß zwei Generationen an diesen Lasten zu tragen seien, ist ebenfalls unerschütterlich bitter.

Wir gehören zu den Gegnern dieses Volksbegehrens und haben diese Gegnerschaft zu begründen. Wir lehnen es ab, uns in niedrigen Streit und kleinliches Geyänd zu mischen.

Nur nationale und staatspolitische Gründe und Auffassungen dürfen für die Einstellung zum Volksbegehren maßgeblich sein.

Gerade die inhärenten unseres Erachtens eine so ernste Mahnung, daß keiner, der sich der Größe dieser Verantwortung bewußt ist, dem Volksbegehren seine Stimme geben dürfte.

Das Volksbegehren verlangt von der Reichsregierung, daß sie auf die Vermehrung der Ehren- und Freiheitsforderungen des deutschen Volkes hinzuwirken hat.

Nicht durch Randgebungen dieser Art, sondern durch zähes Ringen mit unseren Gegnern ist die Befreiung der Rheinlande erreicht worden.

Das Volksbegehren wendet sich gegen den Young-Plan und verlangt dessen Ablehnung. Die Härten und Nachteile dieser Regelung unserer Tribute sind unumwunden zuzugeben.

Das Volksbegehren fordert schließlich Zuchthausstrafen für diejenigen Minister, die ihren Namen unter den Young-Plan setzen.

von Hindenburg hat diese Bestimmung kürzlich als einen „unethischen und persönlichen politischen Angriff“ bezeichnet, den er „bebauerte und verurteilte“.

Wenn er selbst nachträglich aus dieser Strafbestimmung herausgenommen worden ist, so bedeutet das von denen, die ihm einst mehr Macht zuerkennen wollten, daß man ihn jetzt der staatspolitischen Verantwortlichkeit geradezu enthebt.

Die bisherigen Einzelzeichnungen zum Volksbegehren haben einen durchaus normalen Verlauf gehabt. Mit der Annahme des Volksbegehrens ist zu rechnen. Daß der dann folgende Volksentscheid die erforderliche Mehrheit von über 20 Millionen Stimmen findet, ist ausgeschlossen.

Mit dieser Erfolglosigkeit des Volksentscheides rechnen die Führer selbst.

Bisher ist noch jedes Tributabkommen revidiert worden. Auch der Young-Plan wird und muß es. Nach der erfolglosen Befragung des Volkes wird die Revision unabweisbar eintreten. Auch deshalb haben wir dieses Vor-

Das Zündholzmonopol abgeschlossen

Vorvertrag mit Joar Kreuger

Zwischen dem Reich einerseits und Joar Kreuger andererseits ist gestern im Reichsfinanzministerium ein Vorvertrag über eine im Zusammenhang mit der Neuordnung der deutschen Zündholzwirtschaft stehende Anleihe paraphiert worden.

Die amtliche Schwedische Nachrichtenagentur verbreitet folgende Mitteilung des Kreuger-Konzerns:

„Ein endgültiges Abkommen wurde heute zwischen der deutschen Regierung einerseits und der Svenska Tändstick A. B. und der N. V. Financierelse Nij. Kreuger u. Toll andererseits unterzeichnet, wodurch das Alleinrecht des Verkaufs und der Ein- und Ausfuhr von Zündhölzern innerhalb Deutschlands der Deutschen Zündholzverkaufs-A.G. übertragen wird, welche ihren Namen später ändern wird.“

Während des Bestehens des Monopolvertrages dürfen in Deutschland keine neuen Zündholzfabriken errichtet werden. Die eine Hälfte der Aktien der Monopolgesellschaft wird im Besitz der Svenska Tändstick A. B. und der International Match Corporation, die andere Hälfte im Besitz der deutschen Fabriken und der Reichsbrandstiftung sein.

Die N. V. Kreuger u. Toll gewährt dem Reich eine Anleihe von 125 Millionen Dollar auf 50 Jahre mit 8 Prozent Verzinsung und mit Konvertierungsrecht zu pari nach 10 Jahren (Emissionskurs 93 Prozent). Die Anleihe wird in zwei Raten gezahlt, 50 Millionen Dollar 7 Monate nach Inkrafttreten des Abkommens, 75 Millionen Dollar nach weiteren 9 Monaten.

Do X mit 169 Personen geflogen

Das Flugzeug Do X ist gestern vormittag 11.15 Uhr bei herrlichem Wetter mit 150 Passagieren und 19 Mann Besatzung zu einem dreiviertelstündigen Flug über das Bodenseegelände gestartet.

Neben den Flug des Do X sind noch folgende Einzelheiten zu berichten: Neben 30 Pressevertretern und Filmleuten beteiligten sich 120 Angehörige der Dornierwerft Altenrhein an dem Flug.

Der Flug ging rund um den Bodensee. Die Landung erfolgte so glatt, daß sie von den Mitfliegenden kaum bemerkt wurde.

Der bisherige Verlauf der Aktion für das Volksbegehren hat, wie man hört, die letzten Kreise des Volksbegehrens, die Kreise von Hugenberg und Hiltler, arg enttäuscht.

Der bisherige Verlauf der Aktion für das Volksbegehren hat, wie man hört, die letzten Kreise des Volksbegehrens, die Kreise von Hugenberg und Hiltler, arg enttäuscht.

Der bisherige Verlauf der Aktion für das Volksbegehren hat, wie man hört, die letzten Kreise des Volksbegehrens, die Kreise von Hugenberg und Hiltler, arg enttäuscht.

Der bisherige Verlauf der Aktion für das Volksbegehren hat, wie man hört, die letzten Kreise des Volksbegehrens, die Kreise von Hugenberg und Hiltler, arg enttäuscht.

Der bisherige Verlauf der Aktion für das Volksbegehren hat, wie man hört, die letzten Kreise des Volksbegehrens, die Kreise von Hugenberg und Hiltler, arg enttäuscht.

Der bisherige Verlauf der Aktion für das Volksbegehren hat, wie man hört, die letzten Kreise des Volksbegehrens, die Kreise von Hugenberg und Hiltler, arg enttäuscht.

Der bisherige Verlauf der Aktion für das Volksbegehren hat, wie man hört, die letzten Kreise des Volksbegehrens, die Kreise von Hugenberg und Hiltler, arg enttäuscht.

sonders beprimierend wirken, wie man hört, die Nachrichten aus dem Rheinland, aus dem besetzten Gebiet.

So sind in Trier bisher, bis einschließlich Sonntagabend ganze 40 Eintragungen erfolgt.

Nur ein Beispiel, das aber durch die Meldungen aus dem übrigen Gebiet der deutschen Westmark vollaus bestätigt wird.

Die Senatswahlen in Frankreich

Abbé Haegh unterliegen

Am Sonntag stand ein Drittel der Senatskörpers Frankreichs zur Neubewertung. Die französischen Senatoren sind auf neun Jahre gewählt. Alle drei Jahre hat sich ein Drittel des Senats zu Neuwahlen zu stellen.

Es ergibt sich somit bei diesen Senatswahlen ein leichter Kurs nach links. Dieser Auffassung sind auch die meisten Pariser Zeitungen vom Montag früh mit Ausnahme des „Echo de Paris“, das schreibt: „Die gestrigen Wahlen haben gezeigt, daß im Senatswahlkörper ein nationalrepublikanischer Geist lebendig und lebhafter als je vorhanden ist.“

Mit größtem Interesse wurde der Wahlausgang im Oberelsaß verfolgt, wo dem Heimattreuen Kandidaten Abbé Haegh der Nationalrepublikaner Dr. Pfleger gegenüberstand. Nicht weniger als zwei